

Wortmeldungen zur Sozialversicherung

17. November 2010: Debatte zum SVÄG 2010

Abgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (FPÖ):

Des Weiteren wird jetzt über den Antrag des Kollegen Spadiut betreffend **Zusammenlegung der 22 Krankenversicherungsträger** abgestimmt. Auch diesem Antrag werden wir unsere Zustimmung geben. Es macht Sinn, hier endlich eine Zusammenlegung, eine Vereinheitlichung auch österreichweit zu schaffen. Es wird permanent über Zwei-Klassen-Medizin diskutiert. Erst gestern war ein langer Beitrag dazu im ORF zu sehen. Das ist eine unehrliche Diskussion, wenn man bedenkt, dass wir neun verschiedene Gebietskrankenkassen haben. Wir haben also allein in diesem Bereich eine Neun-Klassen-Medizin, denn jede Gebietskrankenkasse bezahlt andere Dinge. Da gibt es eine Ungleichbehandlung, die endlich ausgeräumt werden sollte, und daher werden wir auch diesem Antrag zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Abgeordneter Dr. Kurt Grünewald (Grüne):

Jetzt noch kurz zur Zusammenlegung aller Kassen: Wir Grüne wissen, dass die Zusammenlegung von Kassen das österreichische Gesundheitssystem finanziell nicht ungeheuerlich besserstellen wird. Das hat Oberhauser richtig gesagt. Also nur um des Geldes willen ist dieses Vorhaben nicht mit Vehemenz zu betreiben, aber es gibt einen anderen Grund. Es ist wirklich nicht einzusehen, dass berufsständische Kassen, die vor 100 Jahren ihre Berechtigung hatten, heute ebenso noch diese Berechtigung haben. Arbeiter und Angestellte ähneln sich immer mehr, auch in der Erkrankungshäufigkeit. Dass Beamte tausendmal gesünder sind als andere, lässt sich statistisch nicht wirklich belegen. Ich glaube aber, das ist in Österreich nicht möglich. Wir haben das gesehen, man kann auch über Bundesländer und Föderalismus nicht diskutieren. Aus über 20 Kassen eine zu machen – da müssten wir alle 200 Jahre alt werden, um das zu erleben. Aber **eine** Gebietskrankenkasse, bei der für gleiche Zahlungen und Beiträge auch gleiche Leistungen gewährt werden, hielte ich für fair und gut in Österreich. Ich hätte gern bundeseinheitliche Regelungen – das heißt jetzt aber nicht, eine Zentralkasse in Wien für ganz Österreich, wie früher in Moskau. Natürlich könnten neun Länderfilialen mit gewissen Handlungsspielräumen bestehen bleiben.

17. Oktober 2012 : Budget 2013

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ):

Und mit den Pensionsprivilegien in der Sozialversicherungsanstalt ist auch noch nicht ausgeräumt worden. *(Beifall beim BZÖ.)*

Da gibt es eben das eine und das andere, die Vorteile nach dem ASVG-System und die Vorteile nach dem Beamtenystem. Nach zehn Jahren ist jeder unkündbar, hat eine Beamtenpension und noch eine Zusatzpension extra von der Sozialversicherung, die sowieso immer in den roten Zahlen ist, und nebenbei noch eine Abfertigung. Also so kann es natürlich nicht gehen!

Abgeordnete Ursula Haubner (BZÖ)

Gerade diese Woche – gestern oder vorgestern – hat der Rechnungshof in seinem Bericht wieder gezeigt, was bei den **Pensionen der Sozialversicherungsträger** wirklich los ist. Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist unhaltbar und unzumutbar, dass wir noch für Zehntausende Menschen hier in Österreich Sonderregelungen haben – Pensionsregelungen, Sozialversicherung, Nationalbank, Gemeinde Wien, verschiedene Länder, die da nicht angepasst haben – und über eine

Million Bezieher kleiner und mittlerer Pensionen jährlich Realverluste haben, die jedes Jahr feilschen müssen, ob sie 1 Prozent, 1,8 Prozent kriegen oder vielleicht ein bisschen mehr, 2,2 Prozent. – Das ist in Zukunft nicht zulässig.

Abgeordneter Josef A. Riemer (FPÖ):

[...]

Kein Wort über Verwaltungs- und Strukturreformen. Dabei gäbe es ja viele Dinge, haben wir heute schon gehört. Diskutieren wir, haben wir gehört, darüber. Die **Zusammenlegung der Sozialversicherungen** step by step, vielleicht einmal drei, dann noch ...

Abgeordnete Elisabeth Kaufmann-Bruckberger:

Die Frau Bundesministerin – irgendwo unterwegs, aber leider nicht hier; wir diskutieren ja heute **nur** ihren Bericht, den sie gestern vorgestellt hat – schreibt auch, der Konsolidierungsbedarf der Sozialversicherung beträgt 144 Millionen. Die Kostendämpfung bei den Ländern wird im Milliardenbereich liegen.

Ich möchte die Frau Bundesministerin gerne fragen, wo denn die Kostendämpfung sein wird, wo denn da eingespart wird. Vielleicht bei der Krankenvorsorge, vielleicht bei den Menschen, die ihre Beiträge zahlen, die einen Arzt brauchen oder die krank sind?

Und: 161 Niederlassungen, 7 719 Personen nur im Verwaltungsbereich, 109 Dienst-wägen, Reisekosten von rund 4,9 Millionen, Chefetagen für rund 11 Millionen, 700 Millionen für die Sozialversicherungen. – Wir fordern eine rasche Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten.

14. November 2012: Debatte zum Budget 2013

Abgeordneter Gerald Grosz (BZÖ):

Wir haben mit dem Österreich-Sparbuch Alternativvorschläge gemacht, wo wir einsparen können: mit einer Staats- und Verwaltungsreform, wo wir 1,2 Milliarden € einsparen können; mit der **Zusammenlegung von 22 Sozialversicherungen**; mit einer Gesundheitsreform, wo endlich 2 Milliarden € zu holen wären; mit einer Reform des Bildungs- und Sozialwesens; mit einem Sparpaket für die Politik – nicht einer Erhöhung der Parteikassen, nicht einer Erhöhung der Parteiförderungen, nicht einer Erhöhung der Klubförderungen für Parteien, die nicht einmal gewählt worden sind, in der Höhe von 2 Millionen €. *(Beifall beim BZÖ.)*

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ):

Mit den Privilegien hat man noch nicht aufgehört – egal, ob das die Nationalbank ist, ob das die Bundesbahn ist, und so weiter und so fort. Das zögert man hinaus.

Bei den **Sozialversicherungsanstalten ist es sowieso am besten, die haben die Vorteile der Beamten und die Vorteile der ASVG-Versicherten und bekommen dann wesentlich mehr Pension als alle anderen**. Der öffentliche Bereich mit diesem Schema driftet von den anderen ab. Da ist schon einiges noch zu bewältigen, damit es in Zukunft gerecht zugeht in Österreich.

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne):

Man kann es weiterhin so machen, dass die öffentlichen Pensionen, die Beamtenpensionen, im Bereich Bundeskanzleramt oder im Finanzministerium ressortieren und die Sozialversicherungspensionen im Sozialministerium, und in zehn, zwanzig Jahren, oder eigentlich dauert es noch länger, also in dreißig, vierzig Jahren haben wir dann das gemeinsame Pensionssystem. Aber wir sind jetzt in einer Überleitung auf dieses gemeinsame Pensionssystem, und

daher braucht es ein Ressort beziehungsweise auf jeden Fall eine Sicht auf alle Pensionssysteme, und ich rede jetzt noch gar nicht von den Zusatzpensionssystemen oder alten Pensionssystemen. Das ist dringend notwendig. *(Beifall bei den Grünen.)*

Abgeordnete Elisabeth Kaufmann-Bruckberger (STRONACH):

Jetzt noch die letzten Zahlen: Die Zahlen wurden bereits einer Anfrage zugrunde gelegt und auch bestätigt. Man konnte sie auch den Medien entnehmen. Wir haben 161 Niederlassungen, 7 719 Personen allein im Verwaltungsbereich, 109 Dienstwägen, Reisekosten von rund 4,9 Millionen €, Chefetagen für insgesamt 11 Millionen €. Das sind Ausgaben von 700 Millionen € allein für die Verwaltung der Sozialversicherungen. Es wäre an der Zeit, Strukturreformen einzuleiten. Es ist nicht mehr zeitadäquat, 22 Sozialversicherungsträger zu haben, sich diese zu leisten. Wir brauchen keine 19 verschiedenen Krankenversicherungen, wir brauchen keine vier Unfallversicherungen und wir brauchen auch keine fünf Pensionsversicherungen. *(Beifall des Abg. Hagen.)*

Abgeordnete Ursula Haubner (BZÖ):

Ich vermisse im Zusammenhang mit den Pensionen auch immer wieder, dass Sie vehement gegen Sonderrechte und Privilegien aufstehen. Wir haben nach wie vor Sonderrechte und Privilegien bei Gemeinde- und Landesbediensteten. Wir haben nach wie vor **Sonderrechte und Privilegien bei den Sozialversicherungen**, bei der Nationalbank.

Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH):

Sie haben davon gesprochen, dass man, wenn man die 22 Sozialversicherungsanstalten zusammenlegen würde, bei sechs Anstalten ein Minus machen würde, weil ja dort der Arbeitgeber mitbezahlt, die Rechenaufgabe hätte dann ein Minus als Ergebnis. Wenn ich aber sechs von 22 abziehe, dann komme ich nach Adam Riese auf 16, und diese 16 hätten ja Einsparungsmöglichkeiten, und zwar ganz massive. Schauen wir einmal: Wenn man 22 Sozialversicherungspräsidenten einspart, dann haben wir da schon einmal ein riesiges Potential, Vizepräsidenten detto, Dienstwagen detto, Chauffeure detto und die Sonderpensionen kommen noch dazu. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Abgeordneter Dr. Andreas Karlsböck (FPÖ):

Zum Thema Krankenkassen, weil das heute schon sehr oft und ausführlich auch im Sozialbudget besprochen worden ist. Die Menschen wollen, dass die Politiker nicht alles besser wissen, sondern alles besser machen. Herr Minister, vielleicht stimmt es – oder Frau Kollegin Oberhauser, die jetzt nicht da ist –, dass die Zusammenlegung der Krankenkassen keine Einsparung bringt. Vielleicht stimmt es, dass eine Kasse oder eine Zentralverwaltung billiger ist als 21. Vielleicht stimmt es, dass 21 Generaldirektorenbüros billiger sind als eines. Wir müssen das besprechen.

Ich appelliere dafür, dass wir diese Dinge zumindest andiskutieren. Es kommt nämlich – und das ist etwas verwunderlich – in keinster Weise irgendwann in den letzten Jahren in einem Konzept, das Sie vorgelegt haben, vor. Das heißt, wir sollten endlich einmal damit beginnen, auch die **Krankenkassenzusammenlegung** in ein Konzept hineinzubringen und darüber zu diskutieren. Das findet nicht statt, und das wollen wir. *(Beifall bei der FPÖ.)*

5. Dezember 2012: Debatte zum Pensionsfonds-Überleitungsgesetz (der Ziviltechniker):

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen eine weitere Harmonisierung des Pensionsrechts, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das Ziel muss sein, dass wir auch weiter eine **Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger** erreichen, dass wir in Österreich für alle Versicherten **eine** Krankenversicherung, **eine** Pensionsversicherung und **eine** Unfallversicherung haben. Das muss das Ziel sein. *(Beifall beim BZÖ.)*

Abgeordnete Elisabeth Kaufmann-Bruckberger (STRONACH): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ja, diesem Entwurf ist voll und ganz zuzustimmen. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich zur Harmonisierung des Pensionssystems. Wenn hier noch ein weiterer Ansatz beinhaltet wäre, nämlich die **Zusammenlegung der Pensionsversicherungsanstalten**, dann wären wir noch ein paar Schritte weiter. Ziel muss es sein, in Zukunft ein einheitliches Pensionssystem zu haben, das fair, gerecht und transparent ist. *(Beifall beim Team Stronach.)*

25. April 2013: Debatte zum Gesundheitsreformgesetz 2013

Abgeordneter Dr. Wolfgang Spadiut (BZÖ):

Diesen Gesetzentwurf als „Reform“ zu bezeichnen, das fällt mir wirklich schwer. In dem ganzen Gesetzentwurf sind keine Verbesserungen für die Patienten sichtbar, auch deutliche Verwaltungsreformen sind nicht zu erkennen – Verwaltungsreformen wie eine **Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger** *(Beifall der Abgeordneten Grosz und Mayerhofer – Abg. Mag. Gaßner: Grosz klatscht!)*, einheitliche Leistungskataloge, eine einheitliche Tarifordnung oder die Finanzierung aus einer Hand.

[...]

Die Ärzte werden bei der Betreuung der Patienten eingeschränkt. Die Behandlung wird für die Patienten immer unübersichtlicher, der Zugang immer schwieriger. Es bestehen unverständliche Praktiken, wie zum Beispiel: Gesundenuntersuchung eines Mannes Mitte 50. Er geht zu seinem Hausarzt. Ist er bei der Gebietskrankenkasse versichert, muss er für den PSA-Test und für die Prostata-Untersuchung zum Urologen; ist er bei der BVA versichert, macht das der Hausarzt – für mich unverständlich! Und **das** lässt ja den Ruf nach einer einheitlichen Finanzierung noch lauter werden, nach einheitlichen Leistungskatalogen und der **Zusammenlegung der Krankenversicherungen**. *(Beifall beim BZÖ.)*

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (STRONACH):

Was zu tun wäre, ist auch einfach – und das sagt auch der Rechnungshof und das sagen alle, die sich auskennen –: **Zusammenlegung der Krankenkassen**! Eine einzige Krankenkasse reicht in Österreich. Warum? – Weil wir da einen Dschungel haben, der nicht mehr durchschaubar ist. Je nachdem, welche Krankenkasse ein Arzt hat, und dem entsprechend, wo jemand versichert ist, wird unterschiedlich abgerechnet.

Ich habe da nur ein Beispiel, und zwar wird nach der Wiener Gebietskrankenkasse eine ganz einfache Ordination so abgerechnet – das heißt, ein Mensch kommt zu diesem Arzt, wird angeschaut, es wird eine Diagnose erstellt –: Der Arzt kann bei der Wiener Gebietskrankenkasse 5,09 € abrechnen – 5,09 €. Bei jeder Krankenkasse gibt es unterschiedliche Tarife.

[...]

Was wir vor allem brauchen, ist: Wir müssen jetzt endlich die Länder etwas beschneiden. Wir müssen die Kompetenzen zum Bund holen, wir brauchen **nur einen Sozialversicherungsträger**, wir brauchen eine Verwaltungsvereinfachung. Das heißt, wir nehmen diese Länderstrukturen, bündeln das im Bund, und alles wird über den Bund gesteuert und dorthin geleitet, wo es effektiv ist, nämlich zu den niedergelassenen Ärzten, und im Spitalsbereich werden nur die Dinge umgesetzt, die auch wirklich Sinn machen. Dazu gibt es vom Rechnungshof Anleitungen, was fehlt, ist nur die Umsetzung. Ich würde mir wirklich wünschen, Herr Minister, dass Sie da etwas mehr Mut an den Tag legen würden und auch gegen die Länder hier einiges weiterbringen. – Vielen Dank. *(Beifall beim Team Stronach.)*

Abgeordneter Gerald Grosz (BZÖ):

Wenn wir allein im Jahr, und die Kollegin Haubner hat es heute gesagt (*Abg. Riepl: Blablabla!*) – hören Sie doch zu, hören Sie doch die Argumente auch des ÖBB-Vertreterers Habertzettl, der heute großer Gesundheitsexperte wurde! –, 700 Millionen € wertvolles Versichertengeld in das System der 21 Sozialversicherungsanstalten hineinstecken, wenn wir alleine 102 Millionen € im Jahr in die EDV-Verwaltung von 21 unterschiedlichen Sozialversicherungsanstalten investieren (*Abg. Klikovits: Wer soll das organisieren? Sollen sich das die Ärzte selber schreiben?*), wenn wir allein in die Verwaltungsspitzen dieser 21 Sozialversicherungsanstalten 10,7 Millionen € im Jahr investieren, dann ist das verlorene Versichertengeld, sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ und ÖVP.

Da könnten wir mit einer Zusammenlegung der Sozialversicherungsanstalten das Geld freimachen, damit wir tatsächlich das medizinische Personal aufstocken, die Leistungen in unserem Land aufstocken und allen Expertinnen und Experten im österreichischen Gesundheitswesen endlich die Luft zum Atmen geben, um die Probleme unserer österreichischen Patientinnen und Patienten zu bewältigen. (*Beifall beim BZÖ.*) – Das tun Sie nicht, und deswegen, sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrte Reformblockierer von SPÖ und ÖVP, sind Sie so eindrucksvoll gescheitert.

[...]

Aber Sie, sehr geehrte Damen und Herren, ruinieren dieses Gesundheitssystem im Festhalten an Ihren 21 Kassenobleuten, an Ihren Vorständen, an Ihren Chefärzten, an Ihren Verwaltungskosten, mit dem Sie diese gute Basis unseres Systems zu Tode verwalten. (*Abg. Riepl: Wenn ich Ihnen zuhöre, werde ich krank!*) Und Sie erkennen am heutigen Tag einmal mehr nicht, wie notwendig es wäre, die 21 SV-Träger zusammenzulegen.

Und es hat ja funktioniert: PVAng und PVArb wurden zusammengelegt. – Wo ist das Problem? Die Einsparung ist da. Geschrien haben Sie damals in den 2000er-Jahren: Wie kann man nur diese zwei Pensionsversicherungsträger zusammenlegen? – Heute ist das Normalität, keiner stört sich mehr daran, und im Verwaltungsbereich sind Millionen Euro eingespart worden. Und Ihre rot-schwarzen Wastln, die Sie in diesen Institutionen unterbringen? – Sie sehen das halt als Versorgungsinstrument für Ihre parteipolitischen Funktionäre, die Sie im Parlament nicht mehr brauchen, die werden in den Sozialversicherungsapparat abgeschoben. Aber solche Leute lasse ich doch nicht auf die österreichischen Patienten los! (*Beifall beim BZÖ.*)

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne):

Wir sind ja, offensichtlich auch die Freiheitlichen, auch das BZÖ, der Meinung, es braucht keine unterschiedlichen Kassen. Wir sind aber wahrscheinlich im Unterschied zu den Freiheitlichen und zum BZÖ – sage ich einmal, wahrscheinlich gibt es diesen Unterschied – der Meinung, dass die Versicherten in einer einheitlichen Kasse, und da würde ich meinen, es sollte eine regionale Gliederung nach Bundesländern geben, Mitsprache und Wahlmöglichkeiten haben sollten, nämlich nicht bei den Leistungen, sondern sie sollten ihre Versichertenvertreter wählen.

Klar ist – das sage ich hier als Anmerkung, und dann gehe ich auf die Tagesordnung ein –: Ein Riesensozialversicherungsapparat, bei dem man diese Frage, wer bestimmt dort, vorher nicht geklärt hat, läuft Gefahr, ein Anhängsel des Ministeriums zu sein. Das ist eigentlich die Verstaatlichung der Sozialversicherung, das halte ich für ein Riesenproblem. Also da würde ich ersuchen, wenn man diese Forderung nach einer Sozialversicherung, oder neun Sozialversicherungen nach Ländern gliedert, wie wir es eher vorschlagen, ernst nimmt, dann muss man diese Frage, wer dort steuert, wer dort lenkt, auch sauber und ehrlich beantworten. Und ich meine, das können nur die Versicherten sein. Denen steht das zu, diesen Apparat zu steuern, denn sie zahlen die Beiträge. Das vorausschickend zu diesem Punkt.